



Agrar-Streit um Osttirol spitzt sich zu

Die Agrarregulierungen in Osttirol während der NS-Zeit in den 1940er-Jahren sorgen weiter für heftige Debatten.

Innsbruck – Die 113 Agrarregulierungen in Osttirol während der NS-Zeit sorgen weiter für Debatten. In der Vorwoche hat Agrarreferent LHStv. Toni Steixner (VP) ein Gutachten des Linzer Historikers Roman Sandgruber präsentiert, der erklärte, dass die Regulierungen zugunsten der Agrargemeinschaften durch den Agrarbehördenleiter Wolfram Haller nicht NS-typisch gewesen seien. Steixner forderte daraufhin eine Entschuldigung der Oppositionsparteien, die dies thematisiert hatten.

Gestern begründeten nun der Mieminger GRUlrich Stern, Liste Fritz-Chef Fritz Dinkhauser, LA Georg Willi (Grüne) und FP-Klubchef LA Gerald Hauser, warum sie sich nicht entschuldigen werden. „Wir haben gesagt, dass das Nazi-Regime die Osttiroler Gemeinden ersatzlos enteignet hat. Steixner verdreht unsere Aussagen und konstruiert daraus den Vorwurf, die Opposition hat die Bauern in Osttirol als Nazis und Profiteure der Nazis diffamiert“, erklärte Dinkhauser. Für Willi hat das Sandgruber-Gutachten nichts entkräftet, die Höchstrichter hätten beim Gemeindegut bereits alles gesagt. Hauser verweist darauf, dass die Landesregierung, die Bescheide aufheben müsste, „weil Gemeindegut von den NS-Behörden rechtswidrig

an die Agrargemeinschaften übertragen wurde“.

Letztlich fordern die Oppositionsparteien, dass Osttirol wie Nordtirol behandelt werden müsse. „Im Kern geht es um das Gemeindegut. Und das wurde den Gemeinden entzogen“, betonen sie unisono. Sandgruber wies in seiner Expertise jedoch darauf hin, dass es sich beim Fraktionsgut nicht um Gemeindegut gehandelt habe, weshalb die Bauern durch die Übertragungen ihr Eigentum zurückerhalten hätten. Mit Inkrafttreten der Deutschen Gemeindeordnung am 1. Oktober 1938 gingen die Fraktionen nämlich in den Gemeinden auf.

Für die drei Oppositionsparteien könne mit wenigen Ausnahmen nicht am Fraktionsbegriff gerüttelt werden. „Der Verfassungsgerichtshof hat klargestellt, dass es sich dabei um Gemeindegut handelt“, so Dinkhauser und Willi. Sandgruber sei Historiker und nicht Jurist. Hauser kann nicht verstehen, dass das Gemeindegut nicht den Gemeinden zurückgegeben werde. „Die Sachlage ist nämlich eindeutig.“

VP-Klubchef LA Josef Geisler wies die Aussagen der Opposition postwendend zurück. „Die Methode Dinkhauser ist durchsichtig. Befindet er sich im Unrecht, wird sein Gegröle nur lauter.“ (pn)